

mission zur Schaffung eines Klimas für soziale Aussöhnung wird eingerichtet. ...

VI. Zeitplan

1. Ein umfassendes Friedensabkommen zwischen der nepalischen Regierung und der CPN (Maoists) wird bis spätestens 11. November 2006 geschlossen.
2. Alle maoistischen Kombattanten werden bis spätestens 21. November 2006 untergebracht, Waffen werden eingelagert. Die Vereinten Nationen übernehmen die Überwachung dieser Maßnahmen.
3. Wie unter 2(5) ausgeführt, wird sich die nepalische Armee bis spätestens 21. November 2006 in die Kasernen zurückziehen, die vereinbarte Zahl an Waffen wird unter Verschluss genommen und die Vereinten Nationen übernehmen die Überwachung dieser Maßnahmen.
4. Die Übergangsverfassung wird bis zum 21. November 2006 fertig gestellt.
5. Die Übergangsverfassung soll am 26. November 2006 verabschiedet, eine Übergangsgesetzgebung

geschaffen und das Repräsentantenhaus sowie die Nationalversammlung aufgelöst werden.

6. Die Übergangsregierung wird bis zum 1. Dezember 2006 gebildet.

Unterzeichnet am 8. November 2006 von:

Prachanda, Vorsitzender der CPN (Maoists)

Girija Prasad Koirala, Ministerpräsident und Präsident *Nepali Congress*

Madhav Kumar Nepal, Generalsekretär CPN (UML)

Sher Bahadur Deuba, Präsident *Nepali Congress Democratic*

Amik Sherchan, Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender *People's Front Nepal*

Bharat Bimal Yadav, Stellvertretender Vorsitzender NSP (Anandi Devi)

Narayan Man Bijukchhe, Präsident NWPP

C. P. Mainali, Vorsitzender der *Left Front*

übersetzt und gekürzt von Thomas Döhne

„Wir wollen eine Demokratie ohne König“

Nepals Maoisten bekennen sich zu einer politischen Lösung des Konflikts

Stefan Mentschel

Mehr als zehn Jahre lang haben maoistische Rebellen in Nepal einen blutigen „Volkskrieg“ geführt. Im Sog der Demokratiebewegung des Frühjahrs legten sie die Waffen nieder und nahmen Verhandlungen mit der Regierung auf. Nach monatelangem Ringen haben sich beide Seiten nun auf ein von vielen Beobachtern als „historisch“ bezeichnetes Friedensabkommen verständigt. Doch das Misstrauen bleibt.

Ein Treffen mit Krishna Bahadur Mahara wäre noch vor einem dreiviertel Jahr mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden gewesen. Wochen vor der Zusammenkunft hätte man über Mittelsmänner den ersten Kontakt zum Mitglied des 33-köpfigen Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Nepals (CPN-Maoisten) knüpfen müssen. Botschaften wären ausgetauscht

worden. Schließlich hätte man sich an einem geheimen Ort im unwegsamen Hochgebirge eingefunden und wäre von dort zum Treffpunkt geführt worden.

Zwar braucht man auch heute noch etwas Geduld, um mit den Maoisten ins Gespräch zu kommen. Die Vorbereitungen sind jedoch weniger anstrengend. Heute unterhält die CPN-M eine

Repräsentanz in Kathmandu. Ganz offiziell. Denn nach mehr als zehnjährigem Bürgerkrieg, der über 13.000 Menschenleben gefordert hat, verhandeln die Maoisten seit Mai mit der Interimsregierung von Premier Girija Prasad Koirala über einen dauerhaften Frieden. Möglich wurde das, weil seit April Hunderttausende wochenlang gegen den autoritär herrschenden Monarchen und für einen politischen

Neuanfang in Nepal auf die Straßen gegangen waren.

Nach sechsmonatigen, zum Teil äußerst mühsamen Gesprächen einigten sich beide Seiten nun auf einen „Fahrplan zum Frieden“. Darin ist unter anderem der lange umstrittene Umgang mit den bewaffneten Kadern der Maoisten geregelt. Zudem wurde die Einsetzung eines 330 Sitze umfassenden Übergangsparlaments beschlossen, in dem die CPN-M 73 Abgeordnete stellt. In der neuen Übergangsregierung, die seit 1. Dezember im Amt ist, stellt sie ein Viertel der Minister. Eine Verfassungsgebende Versammlung, die auch über die künftige Rolle des Königs entscheiden wird, soll im Juli nächsten Jahres gewählt werden.

Starker Rückhalt auf dem Land

Das „Verhandlungssekretariat“ der Maoisten befindet sich in Baneshwar, einem lebendigen Stadtteil im Osten der Hauptstadt. Von der Hauptstraße ist es nur ein kurzer Fußweg bis zu dem zweigeschossigen Haus, das – umgeben von einer rotbraunen Backsteinmauer und einem kleinen Garten – eher an die Residenz einer wohlhabenden Familie als an das Kontaktbüro einer Partei erinnert, die von den USA bis heute als Terrororganisation bezeichnet wird.

Hinter dem Eisentor herrscht rege Betriebsamkeit. Auf der Wiese ist ein Mädchen damit beschäftigt, einen riesigen Korb Wäsche zu waschen. Gleich daneben debattiert lebhaft eine Gruppe junger Leute, in der sich vor allem die Frauen selbstbewusst Gehör verschaffen. Ein paar Schritte weiter an der Rezeption sind alle zwölf blauen Plastikstühle besetzt, doch lange warten muss niemand. Ein kurzes Telefonat, dann geht es begleitet von einem freundlichen jungen Mann ins Innere des Hauses.

Krishna Bahadur Mahara bittet in sein winziges Büro, in dem mit Mühe Schreibtisch und ein Sofa Platz haben. Der untersetzte Endvierziger ist Chefunterhändler der Maoisten und einer der engsten Vertrauten von Parteichef Pushpa Kamal Dahal, der sich Prachanda, der „Kämpferische“, nennen lässt. Mit seinem Seitenscheitel und im blaugrauen Mao-Anzug wirkt Mahara eher zurückhaltend. Doch der Eindruck täuscht. „Die Führer der Sieben-Parteien-Allianz nähern sich wieder dem König an und entfernen sich so von unserem gemeinsamen Ziel, eine Republik zu schaffen“, poltert er gleich zu Beginn des Gesprächs, wenige Wochen vor der jüngsten Einigung. Und mit einer energischen Handbewegung ergänzt er:



S. Mentschel

Krishna Bahadur Mahara

„Wir wollen eine Demokratie ohne König.“

Die ideologische Ausrichtung der Maoisten hat sich erst spät in diese Richtung verschoben. Unzufrieden mit der Stagnation der politischen Entwicklung, die nach der Demokratisierung des Landes zu Beginn der 90er Jahre so hoffnungsvoll begonnen hatte, ging die Splitterpartei 1995 in den Untergrund. Wenige Monate später, im Februar 1996, riefen die Maoisten den „Volkskrieg“ aus, um die bürgerliche Demokratie mit Waffengewalt zu bekämpfen – getreu dem Motto Mao Tse-tungs, dass die politische Macht aus den Gewehrläufen komme. Die etablierten Parteien gerieten als mutmaßliche Handlanger des Königs ins Visier der Maoisten.

Finanziert hat die CPN-M den bewaffneten Kampf durch Banküberfälle, Schutzgelderpressung sowie die freiwillige, in vielen Fälle aber auch einfach erzwungene Erhebung von Abgaben in den von ihr „befreiten“ Gebieten. Binnen weniger Jahre entwickelte sich die Guerilla-Truppe zu einer schlagkräftigen Streitmacht, deren „Volksbefreiungsarmee“ heute 35.000 Kämpfer zählt, 40 Prozent davon weiblich. Hinzu kommen Milizen, die nach Expertenmeinung ebenfalls „mehrere Zehntausend“ Kader stark sind. Die Zahl 35.000 bestätigt Mahara. Darüber hinaus will er nichts Genaueres sagen,



S. Mentschel

Ein Büroschild der maoistischen Partei.

ergänzt aber nach einer Pause: „Mehr als 80 Prozent der Nepalis leben in unserem Einflussbereich.“ Prüfen lässt sich das nicht. Fest steht jedoch, dass die Maoisten vor allem auf dem Land sehr starken Rückhalt haben.

Maoisten bekennen sich zum Mehrparteiensystem

Ein Grund dafür ist die katastrophale soziale und wirtschaftliche Lage. Nepal gehört mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 292 US-Dollar zu den ärmsten Ländern der Welt. Mehr als 75 Prozent der rund 25 Millionen Einwohner ist in der Landwirtschaft tätig, wobei sich die Mehrheit des Bodens in den Händen weniger Großgrundbesitzer befindet. Zudem leben tausende Familien unter der Knute von Schuldknechtschaft. „Wir hinken 300 Jahre hinterher“, findet Mahara. „In allen gesellschaftlichen Bereichen sind die feudalen Strukturen stark, egal ob Politik, Wirtschaft oder Kultur.“

Mit der Machtübernahme von König Gyanendra, der im Jahr 2001 nach dem gewaltsamen Tod seines Bruders Birendra den Thron bestiegen hatte, verschärften sich die Spannungen. Und mehr und mehr rückte für die Maoisten der Kampf gegen die königliche Exekutive in den Mittelpunkt. Nach Auflösung des Parlaments im Mai 2002 folgte eine Übergangsregierung auf die andere, bis der König im Februar vergangenen Jahres schließlich die Macht an sich riss und das politische Establishment vollends kalt stellte.

Das war das Ende der Demokratie, gleichzeitig jedoch der Beginn eines zuvor kaum für möglich gehaltenen Bündnisses von Sieben-Parteien-Allianz und maoistischer Guerilla. Dafür Weichen stellend war auch das wiederholte Bekenntnis der Maoisten zum politischen Mehrparteiensystem, das Prachanda erstmals vor drei Jahren abgegeben hatte. Ein erster konkreter Schritt war im November 2005 die Verabschiedung eines Programms,

in dem sich beide Seiten auf die Rückkehr zur Demokratie verständigten.

Diesem Ziel ist Nepal nun ein gutes Stück näher gekommen. So hat man sich im „Fahrplan zum Frieden“ auch darauf verständigt, die Arsenale von Maoisten und Armee unter UN-Aufsicht zu stellen. Das war eine der Bedingungen der CPN-M. „Wenn von uns verlangt wird, die Volksbefreiungsarmee vor möglichen Wahlen zu entwaffnen, dann muss auch die königliche Armee entwaffnet werden“, so Mahara. Schließlich habe es in der Vergangenheit immer wieder Fälle gegeben, bei denen das Militär zugunsten des Monarchen Einfluss auf Abstimmungen genommen habe. Wie wirkungsvoll das vereinbarte Waffenmanagement-Programm tatsächlich ist, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.

„Die gesamte Partei auf Kurs bringen“

Den Vorwurf, Einheiten der Rebellen würden die Zurückhaltung von Regierung und Militär nutzen, um ihren Einflussbereich zu festigen und auszubauen, weiß Mahara knurrend zurück: „Alles Propaganda!“ Gleichwohl häuften sich die Berichte humanitärer Organisationen, nach denen maoistische Kämpfer weiterhin an zum Teil schweren Menschenrechtsverletzungen beteiligt seien. So sollen sie seit Mai elf Menschen getötet haben. Zudem würden weiterhin Schutzgelder erpresst und Kindersoldaten rekrutiert.

Krishna Bahadur Mahara holt tief Luft. Seit 26 Jahren ist er Parteimitglied. 1991 zog er als Abgeordneter des zentralnepalischen Distrikts Rolpa ins Parlament ein. Vier Jahre später ging er als einer der ersten in den Untergrund. Einer wie Mahara lässt sich nicht aus der Ruhe bringen. „Es gibt kleinere Probleme, denn leider haben einige Kader die Direktiven des Zentralkomitees noch nicht verinnerlicht“, sagt der Funktionär mit versteinertem



Auf dem Plakat der Maoisten werden Demokratie und Föderalismus für Nepal gefordert

Miene. „Aber wir arbeiten sehr hart daran, die gesamte Partei auf den Kurs unseres Vorsitzenden Prachanda einzuschwören.“ Man wagt nicht daran zu denken, mit welchen Konsequenzen das im Einzelfall verbunden sein könnte.

Zum Abschied kommt Mahara noch einmal auf die mühsamen Verhandlungen zu sprechen. „Das Problem ist die Arroganz der Regierung, ihre Art zu denken“, sagt er. Das politische Establishment wolle Bevölkerung und Maoisten mit so wenigen Zugeständnissen wie möglich abspesen, so Mahara. „Doch die Menschen haben in den vergangenen Monaten ein starkes politisches Bewusstsein entwickelt, sie lassen das nicht zu.“ Und sollte es auf dem Weg zur Demokratie weitere Verzögerungen geben, werde auf den Straßen Nepals ein „neuer Sturm des Protests“ entfacht. Friedlich? „Ja“, sagt er lächelnd, „machtvoll und friedlich“.

Zum Autor

Stefan Mentschel ist Politikwissenschaftler, freier Autor und Journalist. Er lebt und arbeitet in Neu Delhi, von wo er unter anderem für deutschsprachige Medien berichtet.